

Es ist Zeit für einen linken Aufbruch

von Hilde Mattheis¹

Die Corona-Krise zeigt uns wesentlich direkter als alle anderen Krisen die Wichtigkeit der Solidarität in unserer Gesellschaft. Ohne solidarische Einhaltung von Regeln und Maßnahmen lässt sich diese Krise nicht bewältigen. Ohne klare Fürsorge und finanzielle Unterstützung des Staates kommen viele nicht durch die Krise.

Im Unterschied zur Klimakrise, zur Finanzmarktkrise oder auch zu Flucht und Vertreibung bestimmt diese Pandemie unmittelbar den Alltag, kann nicht ignoriert werden und fordert uns und unsere Demokratie heraus. Und die Corona-Pandemie hat nochmals stark verdeutlicht, was in unserer Gesellschaft zählen muss und was wir Linken in der SPD seit Jahren einfordern: den aktiven und handlungsfähigen Staat und den Abbau von Ungleichheit.

Die bisherige Politik aber hat der wachsenden Ungleichheit weder hierzulande noch global entgegengewirkt. Es gilt hier und überall: die Konzentration wirtschaftlicher Macht steht einer menschenwürdigen Entwicklung der Gesamtgesellschaft und dem Erfordernis eines sozial-ökologischen, zivilen und global gerechten Umbaus der Wirtschaft entgegen. Es muss das Gemeinwohl vor Profitinteressen stehen.

Unsere Aufgabe als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es zu überzeugen, dass wir Politik für das Wohl und die Interessen des Großteils der Bevölkerung machen. Dies lässt sich ausschließlich durch eine Politik der langen und klaren Linien und nicht der kleinen Spiegelstriche verdeutlichen. Mit unserem Programm machen wir die Zusammenhänge unterschiedlicher Politikbereiche deutlich. Wir fordern, durch den Zuschnitt von Ministerien diese Zusammenhänge im Regierungshandeln zu beachten. Beispielfähig seien hier aufgeführt: Ein Ministerium für Arbeit, Soziales und Wirtschaftsdemokratie oder ein Ministerium für Finanzen und Investitionen

und ein Ministerium für Inneres und Demokratie. Der Logik gehorchend, dass wir Politik für gerechtere Verteilung und mehr Teilhabe und Partizipation verwirklichen wollen, sprechen wir uns auch für ein Bündnis aus, mit dem dieses Ziel erreicht werden kann.

Unser Ziel ist ein linkes Reformbündnis, das eine Alternative zur jetzigen Regierungskoalition darstellt. Nur so können wir auch für außerparlamentarische gesellschaftliche Bewegungen politischer Ansprechpartner sein.

Nicht nur die COVID-19 Pandemie und deren Auswirkungen, auch die weiteren großen Krisen dieser Zeit machen die Notwendigkeit für einen linken Aufbruch deutlich. Mit den Programmbausteinen der *DL21*, die das Ergebnis eines basisorientierten Erarbeitungsprozesses sind, zeigen wir die langen roten Linien auf, die aus diesen Krisen führen.

Daseinsvorsorge und gerechte Steuern

Mehr Staat, weniger privat muss die Lehre aus den vom Neoliberalismus geprägten politischen Weichenstellungen der letzten Jahrzehnte sein. Wir wissen: Nur ein aktiver Staat, der für seine Bürgerinnen und Bürger da ist und ihre dauerhafte Partizipation fördert und will, ist wichtiger Garant für unsere Demokratie und den sozialen Frieden.

Mit diesem Wissen um die Verantwortung des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern wollen wir Bereiche der Daseinsvorsorge stärken, damit das Vertrauen in die Versorgungssicherheit des Staates wiederhergestellt wird. Wir fordern deshalb Versorgungsbereiche mithilfe einer Verfassungsänderung vor dem Einfluss der Märkte und Profitinteressen zu schützen und auch erfolgte Privatisierungen rückgängig zu machen.

Wasserversorgung, Energieversorgung, Abfallwirtschaft, Nahverkehr, Telekommunikation, Bildungsangebote, Wohnraum, Gesund-

¹ Hilde Mattheis, MdB, ist Bundesvorsitzende des Forum *DL21 – Die Linke* in der SPD. Der Text basiert auf den Linken Programmbausteinen der *DL21*, die der Verein basisdemokratisch mit den Mitgliedern erarbeitet hat und die auf der Mitgliederversammlung am 18. Oktober 2020 verabschiedet wurden.

heitsversorgung und Pflegeinfrastruktur, aber auch Sparkassen dürfen nicht dem Wettbewerb und freien Markt ausgesetzt werden. Diese Bereiche gehören in die Hände des Staates und im Grundgesetz konkret geschützt.

Unser Gesundheitswesen krankt schon lange an einer Profitorientierung und der Dominanz der Marktlogik und der Pflegebereich ist für private Anleger höchst lukrativ. Wir wollen insbesondere die Privatisierungswelle bei den Krankenhäusern stoppen und den bisherigen Vorteil für private Anleger in der Pflege beenden. Der Öffentliche Gesundheitsdienst muss zu einer dritten Säule ausgebaut werden. Wie wichtig das ist, macht die Corona-Pandemie deutlich.

Bildung ist ein Grundrecht und dient der Persönlichkeitsentwicklung und der solidarischen Gestaltung unserer Gesellschaft. Bildung ist für das Gelingen der Gegenwart und Zukunft ausschlaggebend. Bildung muss lebenslang kostenlos sein und selbstverständlich zu allen Lebensphasen dazu gehören. Daher fordern wir eine Renaissance der politischen Bildung.

Wohnen ist für viele ein zentrales Problem. Wir wollen den sozialen Wohnungsbau fördern, Bauland vor Spekulationen schützen, Mietendeckel einführen und gemeinwohlorientiertes Bewirtschaften und Errichten von Wohnraum finanziell wieder attraktiv machen.

Der ÖPNV und die digitalen Netze garantieren gleiche Lebensbedingungen in Städten und Kommunen, in urbanen und ländlichen Räumen. Daher gehören auch sie in öffentliche Hand.

Ein aktiver und handlungsfähiger Staat braucht Einnahmen. Diese werden bislang größtenteils über die Lohnsteuer und die Verbrauchssteuern durch Haushalte von abhängig Beschäftigten und von Menschen mit mittleren und niedrigen Einkommen geschultert. Die Schuldenbremse, die prinzipiell trotz der Corona Pandemie gilt, begrenzt die Ausgaben des Staates. Diese beiden grundsätzlichen Punkte, ungerechte Steuern und Schuldenbremse, schränken einen aktiven und handlungsfähigen Staat ein und wirken nicht verteilungsgerecht. Wir

wollen durch gerechte Einkommensteuer, die Streichung der Privilegien für Superreiche und Supererben und durch die wirksame Bekämpfung von Steuerhinterziehung die Einnahmen des Staates verbessern und gerechter gestalten. Wir wollen die Schuldenbremse abschaffen.

Insbesondere die Forderung nach einer Vermögenssteuer darf keine „never-ending-story“ sein. Denn die Ungleichheit wächst. Sogar aus der Corona-Pandemie gehen Höchstvermögende noch reicher hervor.

Wir wollen die Bevorzugung und die weitreichenden Möglichkeiten, große Erbschaften einer angemessenen Besteuerung zu entziehen, abschaffen.

Auch Auslandsvermögen sollen steuerpflichtig sein, soweit sie nicht durch Doppelbesteuerungsabkommen freigestellt sind.

Durch die Einführung einer Meldepflicht der Banken über Wert und Umfang der in ihrem Gewahrsam befindlichen Vermögensgegenstände wollen wir den Steuervollzug sicherstellen.

Seit Jahren wird die Finanztransaktionssteuer, also die Besteuerung spekulativer Finanztransaktionen, gefordert, um diese einzudämmen und zusätzliche Steuereinnahmen zu erzielen. Denn während auf Güter des täglichen Bedarfs Umsatzsteuer zu zahlen ist, werden seit Abschaffung der Börsenumsatzsteuer auf Finanzprodukte keine Steuern gezahlt.

1. Wirtschaftsdemokratie und Selbstbestimmung

Arbeit und Beschäftigung sind wesentliche Faktoren für ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben. Und: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erarbeiten in diesem Land den Wohlstand, von dem nur wenige profitieren. Sie haben daher nicht nur Anspruch auf angemessene Entlohnung und Mitbestimmung, sondern auch darauf, dass Wirtschaftsbereiche, die für das Leben der Menschen grundlegend und unverzichtbar sind, den Marktlogiken und den Gewinninteressen von Wenigen entzogen werden.

Unser Anspruch ist, das Ziel der Vollbeschäftigung wieder zum Ziel staatlichen Handelns zu machen. Wir wollen Arbeit gerechter verteilen. Generelle Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Anspruch auf Fortbildung und Weiterbildung sowie auf eine arbeitsfeste und lebensstandardsichernde Rente sowie ein umfassender Schutz bei Arbeitslosigkeit sind die zentralen Ziele.

Die rigorose Sparpolitik der letzten Jahrzehnte hat den öffentlichen Beschäftigungssektor ausgeblutet. Das Vertrauen in die Versorgungszuverlässigkeit des Staates hat stark gelitten. Die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Sektor wollen wir um mindestens 300.000 Stellen bis 2025 ausbauen. Ein öffentlich geförderter Arbeitsmarkt mit sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung soll für Menschen das Sprungbrett in den ersten Arbeitsmarkt sein.

Der Ausbau von Mitbestimmung im Sinne von „Humanisierung der Arbeitswelt“ ist Grundlage unseres Ansatzes und dafür, dass die Arbeitsbedingungen im digitalen Kapitalismus gerecht und auf Teilhabe ausgerichtet sind.

Hartz IV steht für eine Politik der Diskriminierung. Wir wollen Hartz IV endgültig abschaffen und die Bundesagentur für Arbeit wieder zur Agentur für alle Menschen machen, die Beratung, Vermittlung und Angebote der Fort- und Weiterbildung bietet.

Rente ist eines der zentralen Gerechtigkeits-themen. Die umlagefinanzierte, solidarische gesetzliche Rente, in die alle einzahlen und in die von allen Einkommensarten eingezahlt wird, muss wieder so ausgestaltet werden, dass sie den Lebensstandard bei einem Rentenniveau oberhalb von 50 Prozent sichert und nicht zur Grundrente verkommt.

2. Soziales und Umwelt

Sozialpolitik und Umweltpolitik gehören für uns zusammen. Nur wenn sich das Prinzip der Nachhaltigkeit durch alle Politikbereiche zieht, werden wir eine gerechtere und solidarisere Gesellschaft haben. Vom Wohnungs-

bau bis zur Energiewirtschaft, Industrie und Landwirtschaft muss die soziale und ökologische Balance Maßstab sein. Mit diesem Anspruch eng verbunden sind unsere Ansätze der Stärkung der Daseinsvorsorge und der Ziele im Bereich Arbeit und Beschäftigung sowie insgesamt der Verteilungsgerechtigkeit.

So sollen Beitragsgelder der Sozialversicherungssysteme nicht mehr für gesamtgesellschaftliche Aufgaben eingesetzt werden. Diese sollen stattdessen aus Steuermitteln finanziert werden. Wir wollen, dass unsere Sozialversicherungssysteme von allen für alle und von allen Einkünften finanziert werden. Bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit müssen sich alle auf die Solidarität aller verlassen können. Das wird von uns seit Jahren vertreten, aber nur in einem linken Reformbündnis können wir endlich an die Umsetzung gehen.

Denn nur in einem solchen Bündnis können auch Projekte wie die Soziale Stadt, die neben den sozialen, bildungspolitischen und partizipatorischen Ansätzen auch ökologische Ansätze beinhaltet wie z.B. innovative Konzepte für klimaneutrale Neu- und Umbauten, wiederbelebt werden.

Gerade beim Klima- und Umweltschutz zeigt es sich, dass die Belastungen ungerecht verteilt sind. Wir sagen: Die, die mehr zur Klimakrise beitragen, müssen mehr Verantwortung und mehr Belastung tragen. Egal ob bei der CO₂-Bepreisung oder bei Einschränkungen was den Ressourcenverbrauch angeht.

Wir wollen eine Investitionsoffensive für den ÖPNV und ein Verbot für Neuzulassungen von Benzin- und Diesel-PKW ab dem Jahr 2030. Der ÖPNV muss kostenlos nutzbar sein. Der Ausbau der Erneuerbaren Energie muss insbesondere über dezentrale Strukturen und Speicher erfolgen.

In der Landwirtschaft brauchen wir eine radikale Wende. Wir müssen den massiven Bodenaufkauf, die Intensivbewirtschaftung und Massentierhaltung stoppen. Agrarpolitik muss auch am Gemeinwohl ausgerichtet werden.

3. Frieden und Asyl

Wir müssen wieder eine konsequente Politik für Frieden und Abrüstung verfolgen. Wir sprechen uns für einen grundlegenden Perspektivwechsel von einem sicherheitspolitisch geprägten Denken hin zu einem friedenspolitischen Ansatz aus. Diplomatie statt Militarismus soll unsere Politik prägen. Und natürlich muss sich unser vorrangig sicherheitspolitisches Denken hin zu einem friedenspolitisch zivilen und auf die Verwirklichung der UN-Entwicklungsziele orientierten Ansatz entwickeln. Und dann gehören zu unserer Friedensförderung auch faire Handelsbeziehungen.

Wir wollen einen Stopp von Waffenexporten und die Ächtung von Massenvernichtungswaffen und autonomen Waffensystemen. Mit unserer Resolution gegen die Bewaffnung von Drohnen machen wir dies u.a. deutlich. Deutschland muss den UN-Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen. Und statt den Verteidigungshaushalt zu erhöhen wollen wir den Anteil des Verteidigungshaushaltes am Gesamthaushalt auf 1 Prozent senken.

Wir bekennen uns zum Grundrecht auf Asyl und dessen vollumfängliche Anwendung. Wir wollen, dass das Dublin-Abkommen überarbeitet wird und das Prinzip des Ersteinreiselandes und der sicheren Herkunfts- und Drittstaaten fällt. Statt damit zu argumentieren, dass es eine europäische Lösung brauche, muss Deutschland eine Vorbildfunktion einnehmen und Länderaufnahmeprogramme ermöglichen sowie die Kommunen der sicheren Häfen unterstützen. Das, was sich an den Außengrenzen Europas abspielt, ist inhuman und widerspricht einer an Menschenrechten ausgerichteten Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Daher sagen wir auch: die Kriminalisierung der Seenotrettung ist falsch und muss beendet werden. Wir brauchen endlich ein ziviles EU-Seenotrettungsprogramm.

Wir lehnen Deals zulasten geflüchteter Menschen ab.

Mit diesen Programmbausteinen bieten wir linke Orientierung für ein Bundestagswahlprogramm der SPD. Wir, die DL21, halten es für dringend geboten, mit klaren linken Aussagen in den Bundestagswahlkampf zu gehen.

An der Stelle sei nochmals an einen fast in Vergessenheit geratenen Analysebericht von 2018 aus dem Willy-Brandt-Haus erinnert. Er hieß: „Aus Fehlern lernen!“

Auch nach den Bundestagswahlen 2009 und 2013 fielen die Analysen ähnlich aus. Niemand kann also sagen, er/sie habe das nicht gewusst. Denn diese Analyse hatte wieder einmal mehr gezeigt: „Die SPD will die Sowohl-als-auch-Partei sein, ist aber zur Weder-noch-Partei verkommen“. Problem der SPD sei, dass sie in einer zunehmend heterogenen Gesellschaft versuche, gleichzeitig alle gesellschaftlichen Gruppen anzusprechen. Auch das trage zum Bild einer Partei mit unscharfen Positionen bei. Nur die Klarheit, Benachteiligungen zu bekämpfen, Teilhabe aller zur fördern und Ungerechtigkeiten abzubauen mache die SPD als linke Volkspartei sichtbar. So die Analyse 2018.

Wenn wir nicht weiter als „Sowohl-als-auch-Partei“ (bzw. als „Weder-noch-Partei“) wahrgenommen werden wollen, müssen wir uns in inhaltlichen Fragen klar positionieren. Wer mit klaren Positionen wieder Wahlen gewinnen will, muss soziale Gerechtigkeit klar definieren. Das fordern wir als Forum DL21, die Linken in der SPD, ein. Zum wiederholten Male, und wir werden nicht müde.

Wer verloren gegangenes Vertrauen zurückgewinnen will, muss eine in sich konsistente und langfristig schlüssige Politik in eine Richtung verfolgen und kommunizieren. Diese langen Linien haben wir mit unseren Programmbausteinen dargestellt.

Auf dieser Grundlage bieten wir den Gliederungen Muster-Anträge an, die auf unserer Homepage unter <https://www.forum-dl21.de/dl21-programмбаusteine/> heruntergeladen werden können. ■